



INFOBRIEF November/2011

Inhalt:

Auszeichnung für "Bündnis für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel" _____	1
6. Sicherheitspolitisches Gespräch der CDU Kiel _____	2
Informationsgespräch im Arsenalbetrieb Kiel _____	3
Chance für Partikeltherapiezentrum nutzen _____	3
Termine Dezember 2011 / Januar 2012 _____	4

Auszeichnung für "Bündnis für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel"



Anlässlich des 24. Bundesparteitages der CDU am 14./15. November 2011 in Leipzig gab Generalsekretär Hermann Gröhe die Auszeichnung der CDU Kiel im Rahmen des "Aktionsplanes Volkspartei 2020" bekannt. Herausgestellt wurde das "Bündnis für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel", das nach einer Idee von Thomas Stritzl vom Kreisverband initiiert wurde.

Gewürdigt wird das "Bündnis" als ein herausragendes Beispiel für die "gesellschaftliche Vernetzung". An der Aktion, die im Spätsommer 2010 ins Leben gerufen wurde, beteiligen sich mehr als zwanzig gesellschaftliche Verbände der Landeshauptstadt Kiel, von Parteien, Kirchen,

Wirtschafts- und Gewerkschaftverbänden bis hin zum Kreissportverband. Das Bündnis informiert die Bürger der Stadt durch eine Broschüre und zahlreiche Veranstaltungen über seine Aktivitäten.

Ausgangspunkt der Aktion waren die im Rahmen der Bundeswehrreform 2010 bekannt gewordenen Pläne einer Reduzierung der Streitkräfte auch am Standort Kiel. Aktuell setzt sich das Bündnis für den Erhalt des Marinearsenals ein, dessen Auflösung durch das Verteidigungsministerium im Oktober 2011 beschlossen wurde.

Die CDU Kiel freut sich über die Auszeichnung durch die Bundespartei und die damit verbundene Anerkennung ihrer Arbeit im städtischen Raum und im Interesse unserer Soldatinnen und -soldaten sowie der zivilen Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen der Bundeswehr in Kiel.

Weitere Informationen zur Auszeichnung erhalten Sie im Internet unter:

www.3d-zeitschrift.de/p/H1E1Sh77b00Tr/Ideen_aus_den_Verbaenden.html

Mehr zum "Bündnis für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel" unter:

www.buendnis-marinestandort-kiel.de

Text: Stephan Ehmke; Bild: Bündnis für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel

6. Sicherheitspolitisches Gespräch der CDU Kiel



Zum 6. Sicherheitspolitischen Gespräch hatte der Arbeitskreis Sicherheitspolitik der CDU Kiel eingeladen. Der Arbeitskreisvorsitzende Philipp Storjohann konnte hochzufrieden eine große Zahl von Gästen willkommen heißen.

Auf große Zustimmung traf die Forderung des Bundestagsabgeordneten Dr. Johann Wadephul an den Bundesverteidigungsminister, dass noch vor Weihnachten den betroffenen Standorten mitgeteilt werden müsse, wann mit einer Schließung oder Verlegung zu rechnen sei. „Die Belastungen für die Soldaten und zivilen Mitarbeiter seien ohnehin schon groß genug“, so der Molfseer Abgeordnete, „sie sollten auf keinen Fall noch durch die Ungewissheit in ihrer Weihnachtsfreunde

eingeschränkt sein.“

Thomas Stritzl, ging in seinem Grußwort auf die aktuellen Zahlen für Kiel ein und stellte für die CDU fest, dass es sich noch lohnen würde, für den Arsenalbetrieb Kiel zu kämpfen. In diesem Zusammenhang hob er die gute Arbeit des „Bündnisses für den Erhalt des Marine und Bundeswehrstandortes Kiel“ hervor, das jetzt verstärkt nach Wegen suchen werde, den Erhalt des Arsenalbetriebes zu sichern.

Moderator Heinz Pries machte deutlich, dass im Verlaufe des Gespräches geklärt werden sollte, ob „der Sack wirklich zu ist“, wie sich die Zeitachse darstelle und wie attraktiv die neue Bundeswehr für Soldaten und zivile Mitarbeiter sein werde. Oberstleutnant Rainer Großmann vom Wehrbereichskommando I „Küste“ erläuterte dem Publikum die Strukturentscheidungen des Verteidigungsministers und stellte die Reformbegleitmaßnahmen zur sozialen Abfederung der Truppenreduzierung vor. Oberamtsrat Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr, machte in seinem Impulsreferat deutlich, dass die Bundeswehr bereits die sechste Reform seit der Wiedervereinigung erlebt. Er vermisste, dass es vor Festlegung der Umfangstärke des Zivilpersonals keine Aufgabenkritik gegeben hätte und äußerte heftige Zweifel, ob die geplante Verlagerung des Abrechnungswesens aus dem Verteidigungsressort verfassungskonform sei. Herbert Pöpel, Bezirksvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, zeigte seine deutliche Bestürzung über den Umfang der Reduzierung in Kiel und lobte in diesem Zusammenhang ebenfalls die Arbeit des „Bündnisses für den Erhalt des Marine- und Bundeswehrstandortes Kiel“. Für die Soldatinnen und Soldaten mahnte der Vertreter des Deutschen Bundesverbandes ein Attraktivitätsprogramm an, das diesen Namen am Ende auch verdient.

Ausführlich setzte sich Bundestagsabgeordneter Dr. Johann Wadephul mit der „Lage nach dem 26. Oktober“ auseinander. Er unterstrich, dass es für den Bundesverteidigungsminister grundsätzlich gar keine andere Entscheidung geben konnte, nach dem entschieden war, die Streitkräfte auf eine Stärke von 185.000 Soldaten zu reduzieren. Er verhehlte aber in diesem Zusammenhang nicht, dass Schleswig-Holstein dadurch besonders stark getroffen wird. Hoffnungen wecken, dass sich an dem Konzept noch etwas ändern wird, konnte Wadephul nicht. Der Abgeordnete machte deutlich: „Der Sack ist zu“. Nun gelte es, für die Betroffenen Klarheit über den Zeitpunkt der Umsetzung zu schaffen. „Bis Weihnachten“, so Wadephul, „muss das Ministerium seinen Zeitplan offen legen“. Die Abschaffung der Wehrpflicht bedauerte Johann Wadephul noch einmal ganz ausdrücklich, zumal er selbst vier Jahre als Soldat bei der Bundeswehr gedient habe. Nur, weder von der Politik noch von der Bevölkerung werde die Beibehaltung der Wehrpflicht noch getragen. Die Politik habe handeln müssen, bevor die Gerichte dies täten. Die Freiwilligenarmee müsse nun mit Leben erfüllt werden. Jetzt schon ein Urteil über Erfolg oder Misserfolg zu treffen, sei viel zu früh.

Zwei Fragen beherrschten die Diskussion: Wie geht es mit dem Arsenal weiter, und: Waren die getroffenen Entscheidungen auch unter wirtschaftlichen Bedingungen unausweichlich? Übereinstimmende Meinung der Diskussionsredner war: „Es darf nicht zum endgültigen Aus des Arsenal kommen“. Eine Lösung des Problems könne darin gesehen werden, dass das Kieler Arsenal zu einer Außenstelle von Wilhelmshaven herabgestuft oder zu einer „verlängerten Werkbank“ umgewandelt werde.

Text: Heinz Pries; Foto von links: Wolfram Kamm, Heinz Pries, Dr. Johann Wadephul, Herbert Pöpelt

Informationsgespräch im Arsenalbetrieb Kiel



Als im Sommer 2011 erste Nachrichten über den Fortbestand des Arsenalbetriebes aus Berlin und Bonn nach Kiel drangen, ließ sich MdB Dr. Philipp Murmann vor Ort darüber unterrichten, was er als Abgeordneter für den „Großbetrieb der Bundeswehr“ in Kiel machen könne. Damals bat Murmann das Verteidigungsministerium, Überlegungen in Richtung Privatisierung nicht in die Tat umzusetzen. Seine Bitte wurde erhört und das Thema „Privatisierung“ war vom Tisch.

Das Bundesverteidigungsministerium hat aber Ende Oktober 2011 entschieden, dass der Arsenalbetrieb Kiel aufgelöst werden soll. Diese Entscheidung war Anlass, das Gespräch vom Sommer fortzusetzen. Philipp Murmann, begleitet von der CDU-Landtagskandidatin für das Kieler Ostufer, Maren

Schomaker, wurde vom stellvertretenden Arsenaldirektor Rainer Sacher über die aktuelle Lage unterrichtet. Sacher konnte darauf hinweisen, dass der Arsenalbetrieb nach wie vor zu mehr als 90 % ausgelastet sei. Nach den Berechnungen, die die „Arsenärer“ nach den Stationierungsentscheidungen angestellt hätten, würden diese Auslastung trotz der Reduzierung der Deutschen Marine in der Ostsee weiterhin gegeben sein. Es sei beabsichtigt, das Personal durch die normale Fluktuation und andere soziale Begleitmaßnahmen auf rund 380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Diese würden dann aber auch dringend für eine sachgerechte Betreuung der in der Ostsee stationierten Einheiten und Verbände benötigt. Weiter machte Sacher seine Gäste darauf aufmerksam, dass einige Spezialeinrichtungen – so zum Beispiel die Sehrohrwerkstatt – auf jeden Fall in Kiel verbleiben würden. Sehr zufrieden waren Schomaker und Dr. Murmann, dass das Arsenal sich im Bundesverteidigungsministerium intensiv darum bemüht, die notwendigen Quoten für die Fortsetzung der Ausbildung der Nachwuchskräfte zu erhalten.

Dr. Philipp Murmann versicherte, dass er sich erneut an den Bundesverteidigungsminister wenden werde, um sich für einen Erhalt derjenigen Arbeitsplätze einzusetzen, die allein wegen ihres speziellen Auftrages oder wegen der Betreuung der Marineeinheiten in der Ostsee notwendig seien.

Text: Heinz Pries; Foto von links: Rainer Sacher, Maren Schomaker, Dr. Philipp Murmann

Chance für Partikeltherapiezentrum nutzen

Wie die Kieler Nachrichten am 29. November 2011 meldeten, scheint sich für das schon totgeglaubte Partikeltherapiezentrum (PTZ) in Kiel eine neue Perspektive zu ergeben. Ein dänisches Konsortium habe, so die Zeitung, konkretes Interesse bekundet, die Anlage doch noch in Betrieb zu nehmen. Die Voraussetzung: Siemens gebe die weitgehend fertiggestellte Hochtechnologie zu einem günstigen Preis ab – was in Fachkreisen auch erwartet werde. Landesregierung und UKSH-Vorstand hätten die Pläne bereits positiv bewertet.



Thomas Stritzl bezog noch am selben Tag für die Kieler CDU Position. In einer Pressemitteilung erklärte er, dass sich die jetzt auftuende Chance einer neuen Lösung in Sachen PTZ entschlossen genutzt werden müsse, zum Wohle der Patienten, des UKSH, aber auch des Standortes Kiel. "Das PTZ ist mit Mut und viel Einsatz am Standort Kiel verwirklicht worden. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal, das weit über die Grenzen von Stadt und Land hinaus Bedeutung hat. Dieses Leuchtfeuer dürfen wir im Interesse der zu behandelnden Menschen (Erwachsene und Kinder) sowie des Medizinstandortes Kiel nicht erlöschen lassen.", so Stritzl. In diesem Zusammenhang erinnert der CDU-Kreisvorsitzende

auch den Weltkonzern Siemens an seine Verantwortung, die über die reine Zahlenlehre hinausgeht.

Text: Stephan Ehmke; Foto: KN

Termine Dezember 2011 / Januar 2012

07.12.2011, 14.30 Uhr, Ortsverband Süd – Adventskaffee im Prof. Weber Haus

09.12.2011, 18.00 Uhr, Frauen Union – Weihnachtsfeier im Restaurant Seeburg, Kaisersaal

14.12.2011, 15.00 Uhr, Seniorenunion – Weihnachtsfeier im Restaurant Seeburg, Kaisersaal

12.01.2012, 19.00 Uhr, Kreisverbandsausschuss – Diskussion des Landtagswahlprogramms in der Hermann-Ehlers-Akademie, Gurlittstraße

14.01.2012, 18.00 Uhr, Ortsverband Süd – Grünkohlessen im THW-Heim, Krummbogen

18.01.2011, 12.00 Uhr, Seniorenunion – Jahresempfang und Grünkohlessen, Restaurant Seeburg